

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag der C. M. H. Buchdruckerei Gustav D. Strom, für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Anzeigenpreis:

Die erste Zeile ober
deren Raum im Bez. 20,
außer 25 f. Rekl. 3.
80 f. mit Inf.-Steuer.
Kollekt.-Anzeigen 100%
Zuschlag. Offerte u. Aus-
kunftverteilung 20 f. Bei
größ. Aufträgen Rabatt,
der im Falle des Nach-
verfahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Fortfüh-
rungen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.

Gerichtstand für beide
Teile: Neuenbürg.

Für tel. Anz. wird keine
Gewähr übernommen

N 134.

Samstag, den 12. Juni 1926.

84. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Werte Teile unseres Landes wurden in der letzten Woche von einer furchtbaren Hochwasserkatastrophe heimgesucht, wie man sie seit Jahrzehnten nicht mehr gekannt hatte. Der un-
auswärtige Regen, welcher den Monatsmonat Mai abschloß und
den Juni anreißend einleitete, ließ die Flüsse und Seen
steigen und überlaufen. Das Wasser ergoß sich über Felder
und stamm Dörfer und Städte, zerstörte Wege und Brücken,
bedeckte Gebirge und vernichtete die Ernte an vielen Stellen.
Am höchsten mitgenommen ist das Oberland von der Don-
au bis zum Bodensee. Aber auch auf der Alb, bei Wallingen,
Hörsingen, Weisingen und Heidenheim ist Hochwasser gemel-
det und hat großen Schaden angerichtet. Erst nach Ablauf des
Hochwassers wird sich der Schaden voll auswirken und in seiner
ganzen Tragweite übersehen lassen. Die Hauptleidtragenden
sind die Landwirte, deren Vieles und Kleber durch die Ueber-
schwemmung verflammt sind. Die Kationen des Getreides
und der Kleber haben bereits die Staatsregierung um
Ermäßigung durch Vereinfachung von Mitteln und durch Steuer-
mäßigkeit gebeten. Der Innenminister Hoff hat sich persönlich
mit seinen Referenten in das Ueberflutungsgebiet be-
geben, um von den Bedrückten Augenzeugen zu nehmen. Bei
der Beratung des Rates des Reichspräsidenten des Janners in der
nächsten Woche wird er über ihre Maßnahmen zur Vinderung
der Not berichten. Vorbeugend läßt sich kaum etwas unter-
nehmen, auch nicht durch Hochwasserreflexionen und Dammbauten,
da der Mensch solchen Naturereignissen gegenüber einfach
müßlos ist.

Der letzte Sonntag brachte auch in ganz Württemberg eine
Hochzeit von Veranstaltungen und Tagungen und möglichen
Verbände und Kreise. Wohl die größte Anziehungskraft hatte
der Klug in Böblingen ausgerichtet, wo annähernd 5000
Wendeln der Württemberg des Süddeutschen Kluges und den
großen Klugveranstaltungen zuzufinden. Große Klagen Locken
auch die Sportkämpfe in Ulm an, wo die Bands- und Fußball-
wettbewerbe der Deutschen Turnerschaft ausgerichtet wurden.
Zum 50-jährigen Jubiläum der Bürgerwehr in Mengen
waren 25 Bürgerwehren aus dem ganzen Lande, eine alte tra-
ditionelle württembergische Einrichtung, erschienen, und der
Viererkreis in Ulm hatte zu seiner Hundertjahrfeier sogar
einen Festzug. In Ludwigsburg kamen unter Teilnahme des
Herzogs Albrecht die gelben Wägen zu ihrem zweiten Regi-
mentstag zusammen und in Juffenhausen traf sich das Reichs-
denkmal zu einer Kundgebung. Der Schwäbische Alverein
hielt seine Frühjahrsversammlung in Böblingen ab. Daneben
standen, alle am gleichen Tage große Tagungen von Handel,
Gewerbe und Handwerk statt. Die Kreisvereine Württem-
bergs trafen sich in Reutlingen, die Schlossermeister in
Gmünd, die Schmiedemeister in Tübingen, die Wagnermeister
in Ulm und die kaufmännischen Vereine Württembergs in
Tübingen. Der Verlauf dieser Jahrestagungen bewies die
trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten unerschütterte Ver-
bundenheit und den Zukunftsvertrauen der Berufsstände unseres
Landes und kaufmännischen Mittelstandes.

Die Kapitulation zum Volksentscheid zur entschädigungslosen
Hinterlassenschaft hat mit Recht begonnen und trägt neue
Leben in unser Volk hinein. Am letzten Sonntag hielt die
Sozialdemokratie im württembergischen Oberland nicht weni-
ger denn 100 und im Unterland etwa 50 Massenversammlun-
gen ab. Der Kampf wird von Tag zu Tag stärker und erreicht
besonders am Wochenende einen Höhepunkt. So geht es fort
bis zur Abstimmung am Sonntag den 20. Juni. Am Reiche
hat die Sozialdemokratie verlangt, daß die ganze nächste Woche
über noch Kapitulation von Reichstagsabgeordneten freigegeben
wird und im Weiteren die schärfste Überwachung durch Ver-
einstimmige Ermächtigung des Reichstags angeordnet. Der wirt-
schaftlichen Landtag läßt sich jedoch nicht aus der Ruhe brin-
gen und wird, wie der Reichstag beschlossen hat, die ganze
Woche über tagen, um im Juni noch den Etat für 1926 in
2. und 3. Lesung endgültig zu verabschieden, da sonst die Ein-
bringung eines Kabinetts notwendig würde. Die Rechtsparteien
sind in dem Kampf nicht latent, sondern rühren sich zum
Gegenschlag. Wohl das härteste Abwehrgefecht ließ der frühere
Staatsminister und Vorsitzende des Reichsbundes v. Voebell, auf-
stehen durch die Veröffentlichung eines Privatbriefes des
Reichspräsidenten v. Hindenburg, in dem dieser den Volksent-
scheid als einen Verstoß gegen die Grundlagen des Rechts und
der Moral bezeichnet. Die Veröffentlichung dieses Briefes, die
den Reichspräsidenten in den Augen der Bevölkerung als die Person
des Reichspräsidenten in den Augen
des Volkes darstellt, hat die Gegenstände noch mehr verschärft. Der
Kampf der nächsten Woche wird einer der heftigsten sein und
durch die Aufweichung der Reichstagsabgeordneten unser Volk in neue
Kämpfe führen.

Deutschland.

Zettart. 10. Juni. Die Ausgrabungen von Leiden fran-
zösischer Soldaten, die auf den hiesigen Friedhöfen beerdigt
werden sind, und die jetzt ausnahmslos nach Frankreich ge-
bracht werden, sollen auf Kosten Deutschlands erfolgen.
Deutschland soll die beträchtlichen Kosten der Ausgrabungen
auf Grund der Reparationsverpflichtungen zu tragen haben.

Kommunistenprozeß in Mannheim.

In weitläufiger Verhandlung wurden vor dem Mann-
heimer Schwurgericht die Krawalle vom 15. und 16. Oktober
1923 erörtert, bei denen der Oberwachtmeister Wötger durch
einen Schuß ins Gesicht getötet und der Schutzmann Köpft durch einen
Schuß ins Kreuz schwer verwundet worden war. Hauptkläger
die Schwereigkeit der Beweisführung bei der zweiährigen Un-
tersuchungshaft der beiden Angeklagten, des Peter Wäber und
des Franz Josef Huber, verurteilt. Ein starkes Angebot von
Geldstrafe und Freilassung fiel ins Auge; vor dem Gerichts-
schöffen hatten sich Anmahnungen von Kommunisten gebildet.
Wohl nach Beginn der Verhandlung wies der Vorsitzende die
Frage des Ausschusses der Öffentlichkeit wegen Gefährdung
der Staatssicherheit auf und das Gericht beschloß auch dem-

gemäß trotz des Widerstands der beiden Verteidiger. Auch die
Bresse wurde von dem Ausschluß nicht ausgenommen. Am
weiten Tage zeigte sich zur Erbitterung, daß die Beweisführung
im Falle Huber, der für den Todschlag an dem Oberwachtmeister
in erster Linie in Betracht kommt, nicht schlüssig war, weshalb
auf Antrag des Verteidigers des Angeklagten Wäber beschloß
wurde, den Fall Huber abzutrennen und auf unbestimmte
Zeit zu versetzen. Der Angeklagte Wäber wurde zu einer
Nachstrafhaft von drei Jahren verurteilt. Zwei Jahre Un-
tersuchungshaft wurden aufgerechnet und der Angeklagte auf
freies Fuß gesetzt. Strafauflauf auf Wobberhalten soll ge-
wahrt werden, wenn die Verteidigung einen Antrag in dieser
Richtung stellt. Das Urteil hielt für erwiesen, daß Wäber
Mordführer war und an entscheidender Stelle das militärische
Kommando hatte. Im Tode des Oberwachtmeisters trifft ihn
keine Schuld, aber an dem Widerstand am zweiten Krawalle
sei er in hervorragender Weise beteiligt gewesen. Er habe
den Revolver gezogen, ohne aber zu schießen, da er wegen einer
Vorbemerkung an seiner Waffe nicht habe schießen können.

Zentralbank für landwirtschaftliche Kleinbetriebe.

Berlin, 10. Juni. Die Deutsche Rentenbankkreditanstalt
ermöglichte es, aus dem freigemachten eigenen Mitteln 5 weitere
Millionen für landwirtschaftliche Kleinbetriebe einschließlich der
Küchter zur Verfügung zu stellen, nachdem umfänglich bereits 4
Millionen für den gleichen Zweck zur Verfügung gekommen
sind. Die Kredite dürfen im Einzelfall nicht mehr als 1000
Reichsmark betragen. Sie entsprechen hinsichtlich der Laufzeit
und der Hinsen den Bedingungen der Goldkreditanstalt-Anleihe
und gelangen durch die Genossenschaften und die Sparkassen
zur Auszahlung. Der Landwirt erhält das Darlehen gegen
einen Schuldschein, gegebenenfalls gegen Pfandbesicherungen und
Wechsel. Unterschriften sind nicht erforderlich.

Ein sozialdemokratischer Zwischenschritt.

Berlin, 10. Juni. Der Reichsenrat des Reichstags trat nach
der heutigen Plenarsitzung zusammen, um die Angelegenheit
des Zwischenschritts des Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) in der Be-
nennung nachzubehalten. Rosenfeld hat in einem Zwischenruf
den Vorwurf des Wortbruchs gegen den Reichspräsidenten er-
hoben und ist damit vom Präsidenten die Rede zur Ordnung ge-
rufen worden. Er hat trotzdem, wie mehrere Mitglieder im
Reichsenrat bekräftigen, diesen Vorwurf in neuen Zwischen-
rufen mehrmals wiederholt. Die Wiederholung ist aber in dem
Lärm des Saales vom Präsidenten nicht gehört worden und
auch aus dem Senatsraum ist der Vorgang nicht zu erleben.
Der Reichsenrat hat dem Präsidenten angehört, weitere
Feststellungen vorzunehmen und je nachdem in der Be-
nennung morgen die Klage gegen den Abg. Dr. Rosenfeld nach-
träglich nochmals auszusprechen.

Ausland.

London, 11. Juni. Die Unterhaltungsgeelder, die den frei-
lebenden englischen Bergleuten aus Rußland zugingen stammten
nicht von Arbeitern, sondern von der russischen Regierung.
England wird sich diesen Lebergriff der Volkswirtschaft nicht ge-
fallen lassen, sondern wahrscheinlich mit der Ausweisung aller
russischen Vertreter antworten. Der Sekretär des englischen
Bergarbeiterverbandes, Coed, teilte gestern in einer Rede mit,
daß die Bergarbeiter aus Rußland 200000 Pfund erhalten
hätten. Diese Gelder kämen nicht von der russischen Regierung,
von der er übrigens Gelder annehmen bereit sei, da es sich um
eine Arbeiterregierung handle, sondern von den russischen Ge-
werkschaften.

„Das verraten Italien“.

Rom, 11. Juni. Unter dem Titel „Das verraten Italien“
greift Mussolini Bruder Arnaldo in dem führenden sozialisti-
schen Blatt „Popolo d'Italia“ in bestigter Weise England und
Frankreich an, die unter Lloyd George und Clemenceau, wie die
letzten Veröffentlichungen des russischen Schwarzbuches bewei-
sen, Italien systematisch um Smirna betrogen hätten. Eben-
so verächtlich hat das zaristische Rußland in formalem Einver-
ständnis mit England und Frankreich die rechtlichen Forderungen
Italiens auf Stimme, die Adriatische Rüste, den Dodekanes,
den asiatischen und afrikanischen Kolonialbesitz hintertrieben.
Der Artikel schließt, daß die Dokumentation des Schwarzbuches
deutlich unumstößlich sei, daß man es kaum für möglich hal-
ten könne, daß die verantwortlichen Regierungen der Alliierten
fertig gebracht hätten, sich während des Krieges zu verständigen,
um eine alliierte Nation die militärisch und politisch ein
Element erster Ordnung gewesen sei, zu verraten. Das italie-
nische Volk wisse jetzt, daß es von seinen Alliierten während des
Krieges verraten worden sei. Das italienische Volk werde des
Verrats freudig eingedenk sein solange Italiens gerechtes Ziel
nicht erreicht seien. Auch in den Kommentaren der übrigen
Bresse werden die Alliierten scharf angegriffen. — Kann ein
Land, das wie Italien seine alten Bundesgenossen verrät und
ihnen in den Rücken heimlich Feinde erwarten? Kann es
überhaupt von Verrat reden?

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Freiheit.

Kein Gefühl ist von unserm Wesen so untrennlich als
das der Freiheit. Von dem wohlgerichtetsten Menschen an bis
auf den barbarischsten sind alle ohne Unterschied davon durch-
drungen.
Niemand ist frei, der sich nicht selbst beherrscht.

Epistel.

Auch unter der neuen Freiheit wird der Mensch, wie er
von einmal ist, gewisser Bindungen bedürfen, und je mehr die
von außen her fortfallen, um so notwendiger werden solche
innerer Natur sein. Diederich Speckmann (Heidlesheim).
Neuenbürg, 11. Juni. Beherrschend hier die diesjährige
Bezirkschulversammlung hat. Der Vorsitzende,

Schulrat Red, erstattete nach der Begrüßung zahlreicher
Gäste aus den Oberämtern Calw und Neuenbürg zunächst den
Schulbericht, aus dem zu entnehmen war, daß in dem
16 Schulorte umfassenden Schulbezirk 141 planmäßige und
außerplanmäßige Lehrkräfte und 18 Hauslehrerinnen angestellt
sind; 8 Stellen sind noch abgebaut. Gegenüber dem Vorjahr
ging die Schülerzahl von 5020 auf 4965 zurück. Darauf machte
Schulrat Red sehr interessante Ausführungen zur Beurteilung
der heutigen Schularbeit, die durch die Krisis unserer
Zeit und durch die unumwundenen Ereignisse der letzten Jahre
ein besonderes Bild zeigt, das auch eine besondere Wertung er-
fordert. Der Tatsache, daß die heut. Jugend einer zunehmenden
Verwilderung entgegensteht, müssen alle Kreise, die mit
der Jugendzucht betraut sind, also auch die Schule, Rech-
nung tragen. Auch die „abnehmenden Schülerleistungen“ sind
Erscheinungen, die mit der Eigenart unserer Zeitperiode in
engen Zusammenhang gebracht werden müssen. Die Arbeit in
der Volksschule benötigt so sehr Ruhe, Geschlossenheit und ein-
heitliche Richtung! Die teilweise zurückgegangenen Leistungen
in Schönschreiben, Rechtschreiben und Rechnen, die doch für das
öffentliche Urteil sehr von Bedeutung sind, schaden der moder-
nen Schulbewegung, daher ist gerade in diesen höheren Klassen
für methodische Übung und gründlichen Drill neben der Arbeit
im modernen Sinne. Die Fortbildungsschule, die in
Hälbe neu geregelt werden soll, muß mehr wie je vorher für das
drastische Leben gehalten und ausgebaut werden, für die Knaben
Beruf und für die Mädchen Hauswirtschaftsschulen. Die
Aussichten auf das 8. Schuljahr geben durch das neue
Schulgesetz und durch die neuen Lehrpläne starke Anreize. Die
Entscheidung, die nach den neulich stattgefundenen Landtags-
verhandlungen erst 1928 fassen soll, wird von großer Bedeutung
für Schule und Lehrerschaft sein!

Von den daran anschließenden allgemeinen Bekanntma-
chungen seien hier diejenigen kurz erwähnt, die für die Öffent-
lichkeit von Interesse sind und über welche die Schulverände
den Eltern weitestgehenden Rat geben können: Krankversicherung
von Schülern, Schülerunfälle und die Möglichkeit der Schüler-
versicherungen, Verabschiedung, Abmeldung vom Religions-
unterricht.

Darauf sprach der Schulrat, Red. Rat Dr. Ves, über
Schule und Gesundheitspflege. Die im Hinblick
auf die vergangene Reichsgesundheitswoche zeitgemäßen Aus-
führungen über Hygiene und Schulhaus, Hygiene und Unter-
richt und über den schulärztlichen Dienst, welche eine sehr rege,
engagierende Aussprache nach sich zogen, wurden beifällig und
danach angenommen. Da der schulärztliche Dienst noch in
so manchen Dingen einer Verbesserung bedarf, so wurde aus
der Mitte der Versammlung die Anregung ausgesprochen, daß
in anbezug der vielen Aufgaben des Oberamtsbezirks in den
weitaussehenderen Oberämtern eine Schulärzter, wie
sie den Stadtschulärzten in Württemberg und Baden meist be-
gehrt, sehr erwünscht wäre. Zur Förderung der Schüler-
gesundheitsfragen wird der Schulrat an die Ortsärzte zwecks
geeigneter Mitarbeit herantreten.

Als wichtiger Punkt stand noch „Das Heimatbuch“
auf der Tagesordnung. Das Grundgedächte, daß der Vor-
sitzende mitteilte, läßt sich dahin zusammenfassen: es soll unter
Mitwirkung geeigneter Mitarbeiter für das Oberamt Neuen-
bürg ein Heimatbuch herausgegeben werden, das zugleich Volks-
und Schulbuch sein soll. Stad. Rat Knödler, Nagold, der
wie im Nagolder Heimatbuch den wirtschaftsgeographischen
und heimatgeschichtlichen Teil bearbeitet wird, erläuterte
ausführlich den von ihm zusammengestellten Fragebogen für
die Vorarbeiten zum Heimatbuch. Die Beantwortung soll bis
zum Spätjahr abgeschlossen sein. An alle Kreise ergab schon
sehr die Bitte, wertvoll scheinendes Material zu sammeln, die
Belehrer werden gerne bereit sein, dieses weiterzuleiten.

Mit einem gemeinsamen Mittagsessen schloß die äußerst an-
regende und lohnende Versammlung.

Wetterbericht) Infolge der wirklichen Depression
bleibt die Wetterlage vorerst noch unbeständig. Für Sonntag
und Montag ist nur zeitweise aufheiterndes, im übrigen mehr-
fach bedecktes und teilweise regnerisches Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Von der Alb, 11. Juni. (Ein Herdebandel.) Ein Hand-
werk auf der Alb lehte sich dieser Tage auf sein Fahrrad und
fuhr in den Kochbortort, um sich ein Pferd zu kaufen. Bald
sah er einen Besessenen aus einem anderen Ort, der ihm das
seine feilbot und nach einigen Layden und Feilschen wurden sie
handelsbereit. Nach alter Art und Sitte ließen sie aber nicht so
trauen aneinander, sondern befrähtigten den Handel mit einem
großen Trunk. Als dann die Nacht hereinbrach, mochte sie sich
auf den Heimweg. Der Käufer lehte sich auf das Rad, nahm das
Pferd beim Bügel und dachte so am besten nach Hause zu kom-
men. Anfangs ging die Sache gut, dann aber zeigte das Pferd
sich höflich und der Radler landete schließlich im Straßen-
graben. Das Pferd verstand spurlos in der Dunkelheit und
kehrte zu seinem Herrn zurück, der nicht wenig erschrocken war,
als er es freudig wieder vor der Stalltür traf.

Städtchen. M. Elwangen, 11. Juni. Aufwertung und
Brügel.) Der Viehhändler Salomon Schulmann, Sohn in
Waldenbroth, verkaufte 1922 an den Futterbauer Josef Ig in
Birkensell einen Stier, der vereinbarungsgemäß weiter bezahlt
wurde, wofür der Verkäufer der Aufwertung entsprechend
Aufwertung verlangte und den Käufer einlud, zu einer Be-
sprechung hierüber nach Waldenbroth zu kommen. Da sich Ig
zur Aufwertung nicht verpflichtet fühlte und nicht tat, wurde
ihm Schulmann in Birkensell auf, nach kurzem Wortwechsel
zwischen Schulmann und Ig und dessen Ehefrau, die Unmen-
schlich und andere Ausdrücke hinnehmen mußte, wollte Ig den
Schulmann aus seinem Hofe weisen, als dieser den seine Gefahr
abenden Ig schon an der Garcel hatte und über den daneben-
stehenden Brenntrug legte und auf Ig mit den Worten „bit
mußt sein“ einschlug. Durch das Herbeibringen eines bei Ig be-

schäftigen Mauters ließ Schulmann von seinem Opfer ab und suchte das Weite. Sie mußte wegen heftiger Rückenmerzen das Bett hüten.

Baden.

Baden, 11. Juni. In Biedendronn wurde die Gemeindefarre, in der sich etwa 2000 Wirt befanden, geblüdet. Der Kassenbuch war nach dem Einbruch wieder geschlossen. Bei der verbliebenen Summe befinden sich auch die Gelder zur Auszahlung der Unterstützung an die Erwerbslosen. Unter dem Verdacht der Fälschung wurde der Gemeindefarre vorläufig in Haft genommen.

Handel und Verkehr.

Wirtschaftliche Wochenrückblick.

Wärze. Die Wäse bewahrt große Zurückhaltung und das Niveau hat sich nicht unbedeutend geändert. Die stürmische Auslieferung der letzten Woche hat eine empfindliche Dämpfung erfahren. Die Aufwärtsbewegung war mehr spekulativ und fand in einem Kontrast zu der allgemeinen Wirtschaftslage. Die Wäse war weiter beengt durch die zunehmende Verschärfung der innerpolitischen Lage infolge des Kampfes um den Volkenscheid zur Rürstenteuerung und den Streit um den Hindenburgbrief. Die politische Lage wurde wegen der mit den kommenden Ereignissen verbundenen Krisenmöglichkeit weniger unangenehm beurteilt. Der Auslandsverkehr des Rudikums hat aufgehört und auch die Auslandsreise fehlten. Ein weiterer Ansehensfaktor ist die schlechte valutarische Lage unserer westlichen Nachbarländer, die die Dumping-Gehälter für die deutsche Industrie fördert. Die Ermöglichung des Reichsbankdiskonts hat sich bis jetzt an der Wäse nicht ausgewirkt.

Geldmarkt. Die Diskontierung der Reichsbank ist wieder überraschend gekommen, beläuft sich diesmal jedoch nur auf ein halb Prozent, während die früheren Ermäßigungen immer ein ganzes Prozent betragen hatten. Der Reichsbankdiskont beträgt nunmehr 6 1/2 Prozent. Im Hinblick der Reichsbankdiskontierung finden auch automatisch die Debitoren der Banken, die dann noch 7 1/2 Prozent betragen, was noch ein monatlicher Zuschlag von 0,2 Prozent tritt, sodaß die Debitoren der Privatbanken noch insgesamt sich auf 9 1/2 Prozent belaufen. Die Reichsbank begründet die geringe Ermäßigung damit, daß die labile Geldmarkt- und Wirtschaftslage ein vorläufiges Vorgehen angezeigt erscheinen lasse. Die Geldmarktfrage blieb weiter flüchtig. Die bisherigen Inlandsanleihen haben eine Verknappung nicht gezeigt, wohl auch dem Umstande, daß ihr Erlös zum größten Teile am Geldmarkt noch zur Verfügung steht. Für die Zulassung werden vermehrte Geldanforderungen erwartet.

Produktenmarkt. In den Getreidemärkten waren die Preise etwas höher. Die Umsatztätigkeit blieb jedoch gering. An der Stuttgarter Landesproduktbörse blieben Weizen und Stroh mit 7 bzw. 5 1/2 Mark pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 25 (+ 5), Roggen 181 (+ 1), Wintergerste 186 (+ 1), Sommergerste 20 (unv.), Haber 200 (+ 1) Mark je pro Tonne und Weizen 2 1/2 (unv.) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Wirtschaftslage befindet sich in zunehmender Konsolidierung. Bis die Krise aber voll überwunden ist, müssen wir mit einem länger andauernden Übergangszustand rechnen. In Berlin ist der große Reichsengpott-Kaufschuß aufgenommen, der die Erzeugung und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft untersuchen soll. Seine Ergebnisse werden für unser Wirtschaftsleben von großer Bedeutung sein. Auf den einzelnen Warenmärkten haben sich wenig Veränderungen vollzogen. Die Bekleidungsindustrie klagt über die Angst der Witterung, die den Absatz von Sommerwaren stark hemmt. Auf den Rohstoffmärkten hat die Stimmung nachgelassen. Auf den Rohstoffmärkten hat die Stimmung nachgelassen.

Wismar. Auf den Schlachtmärkten blieben die Preise bei den meisten Sorten unverändert. Die Schweinepreise gingen bei großem Angebot auf den Schweinemärkten zurück.

Holzmarkt. Die Nachfrage auf den Rundholzmärkten ist sehr lebhaft. Die Umverteilungskrise in weiten Teilen des Landes hat auch den Forstbesitzern Schaden zugefügt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 11. Juni. Am nächsten Montag, nachmittags 3 Uhr, tritt der Evangel. Landessynodentag für einige Tage zusammen. Gegenstände der Beratungen bilden im wesentlichen die Freilegung des Konfessionsstreites, einige Fragen der Feier des Heiligen Abendmahls und die Einführung eines abgeänderten Spruch- und Lieberbuchs.

Stuttgart, 11. Juni. Die sozialistischen Abgeordneten Hartmann und Rath haben im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt: Die andauernde Wirtschaftskrise hat zu einer massenhaft in letzter Zeit immer häufiger in die Erscheinung tretenden Entlassung von Schwerkriegsbeschädigten aus ihren Arbeitsverhältnissen geführt. Ist das Staatsministerium bereit, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß sich solche Fälle nicht mehr häufen, und daß die bereits Entlassenen möglichst bald wieder einem Arbeitsverhältnis zugeführt werden?

Stuttgart, 11. Juni. Die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefügten württembergischen Kriegsteilnehmer- u. a. Organisationen: Würt. Offiziersbund, Würt. Kriegerbund, Arbeitsgemeinschaft, der Regimentsvereinigungen und Landesverband Württemberg der Marine-Vereine haben auf Veranlassung des Würt. Kriegsverbandes beim Würt. Staatsministerium die Einführung eines Volkstrauertags für Württemberg zur Spätherbstzeit beantragt, da es der Reichsregierung in absehbarer Zeit wohl nicht möglich sein wird, den Ländern einen einheitlichen Tag vorzuschlagen, der allen gemein ist.

Ulm, 11. Juni. Im Gemeinderat wurde festgestellt, daß der beim Frost im Mai auf der 1300 Morgen Weisberge umfassenden Heilbronner Fläche 60-70 Prozent des Ertrags vermindert wurden. Der Gemeinderat beschloß Maßnahmen.

Karlsruhe, 11. Juni. Das Oberlandesgericht Karlsruhe verurteilte den früheren Kriminalassistenten August Leutwein aus hier wegen Vergehens gegen das Spionagegesetz zu vier Jahren Zuchthaus, von denen sieben Monate Untersuchungshaft abgerechnet werden und zu zehn Jahren Ehrenhaft.

München, 11. Juni. Die Nationalsozialistische Gruppe hat in eben solchem Antrag im Landtag eingebracht. Der Landtag beschloß gemäß § 31 der Verfassung unerschütterlich keine Auflösung.

München, 11. Juni. Ueber die heutige Stellung im bayerischen Landtag vertrat, daß die Koalitionsparteien übereingekommen sind, den von den Nationalsozialisten eingebrachten Antrag auf unerschütterliche Selbstauflösung des Landtages abzulehnen.

Dortmund, 11. Juni. Auf der „Graß Schmelze“ in Castrop wurden durch Zerschlagen eines Streikpokers drei Bergleute erschüttert. Die Bergarbeiter gestatten sich sehr schmerzhaft, da von oben immer neue Massen nachstürzen. Es ist noch nicht gelungen, bis zu den Verhängenen vorzudringen. Die Rettungsarbeiten schreiten nur langsam vorwärts. Die Hoffnung, die Verhängenen noch lebend anzutreffen, muß leider aufgegeben werden.

Weimar, 11. Juni. Auf der gestrigen Nachmittagsprobe in dem hier gastierenden Zirkus Baram wurde der mit 20 Löwen auftretende Dompfer Alberts von einer Löwin angefallen, die sich in seinem Oberarm und Brust verbiß. Es gelang dem Dompfer, trotz starker blutender Wunden, die Tiere in den Käfig zurückzubringen, dann brach er aber ohnmächtig zusammen und mußte in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Leipzig, 11. Juni. Vom Schwurgericht Leipzig waren am 2. März 1926 der Kriminalbeamte Janus Fichtl aus Lody sowie dessen Schwester Micheline Fichtl aus Leipzig wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Die beiden Angeklagten hatten am 28. Oktober vorigen Jahres in Leipzig den Polizeiwachmeister Otto Böckel, den

Chemann der Angeklagten, mit dem sie in Scheidung steht, erwarbet. Wegen das Urteil hatten die beiden Angeklagten Revision angemeldet, die heute vom 8. Strafsenat des Reichsgerichts verworfen wurde.

Berlin, 11. Juni. Auf Weisung des Oberstaatsanwaltes hat der Anklageerzitter im Ullrich-Prozess gegen das freisprechende Urteil des ernannten Schöffengerichts Ullrichselde vorläufig in sämtlichen Anklagefällen Berufung eingelegt. Soweit die schriftlichen Urteilsgründe vorliegen werden, wird die Staatsanwaltschaft entscheiden, in welchem Umfang die Berufung bestehen bleiben soll. Durch die Berufung der Staatsanwaltschaft bleibt auch der Beschluß des Schöffengerichts Ullrichselde, dem Angeklagten Freiherrn von Ullrich eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zuzubilligen, in der Schwebe.

Berlin, 11. Juni. Die Statistik der Erwerbslosenfürsorge in der 2. Hälfte zeigt eine nennenswerte Veränderung des Arbeitsmarktes nicht erkennen. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1425000 auf 1421000 gefallen, diejenige der weiblichen von 318000 auf 324000 gestiegen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhaltsberechtigter Angehöriger von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 1763000 auf 1754000 zurückgegangen.

Berlin, 11. Juni. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß mit den Erklärungen des brasilianischen und des spanischen Delegierten in der gestrigen Kollisionskommission dem Eintritt Deutschlands in die Völkerbund in der Septembertagung der Weg gebahnt ist. — Auslandsdrucke in Regio haben an Dr. Luther ein Schreiben gerichtet, in dem sie das Wahlrecht für sich verlangen. — Das Volkspartei-Büro hat bei einem früheren Gruppenführer des verbotenen Sportvereins „Olympia“, den Wätern zufolge, im Verlaufe einer Hausdurchsuchung festgestellt, daß eine Vereinigung in Form einer Kameradschaft die verbotene Vereinigung „Olympia“ fortzuführen sucht. Die Wätern sind der Staatsanwaltschaft zugewiesen worden. — Wegen des geschäftsführenden Vorstandes des Reichsverbandes der Automobil-Sportler, Dr. Kurt Sperling, ist auf Grund der Ermittlungen der Polizei, die sich auf Unterschlagung und passive Bestechung erheben, vom Untersuchungsrichter jetzt die Voruntersuchung eingeleitet worden. Die Ermittlungen der Polizei werden trotzdem fortgeführt. — Nachdem am Donnerstag der Rektor und Professoren der Technischen Hochschule Hannover im Kultusministerium empfangen worden sind, hat am Freitag Professor Dr. Leising im Ministerium seinen Standpunkt dargelegt.

Ulm, 11. Juni. Das Schwurgericht in Ulm sprach heute den Schneider Hermann Drolke, der seine Frau in einem Anfall von jähwütender Wut mit einem Dolch erstochen hatte, wegen Unzurechnungsfähigkeit nach § 51 des Strafgesetzbuches frei.

Breslau, 11. Juni. Im den Takt zu entdecken, an dem der Mord an den zwei Kindern verübt wurde, wurden heute in der ganzen Stadt planmäßig mit Unterstützung der Bürgerwehr Durchsuchungen der Häuser, insbesondere der Wäden und Keller, veranstaltet. Die Fahndung ist aber wie amtlich mitgeteilt wird, ergebnislos verlaufen.

Riga, 11. Juni. Bei dem Automobilen Riga-Ullrich-Ullrich übertrug das zuerst durch Ziel fahrende Automobil den Beschlagen des Autoklubs in Riga, Zeitungserleger Welbers, und löste ihn auf der Straße. Ein neben ihm stehender Fahrgast und dessen Frau wurden schwer verletzt, während die Insassen des Wagens unversehrt blieben.

Innsbruck, 11. Juni. Wie die hiesigen Blätter melden, sind die beiden kommunistischen Abgeordneten des bayerischen Landtags, Schöler und Gög, die wegen Hochverrats zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, nach Innsbruck geflüchtet.

Budapest, 11. Juni. Der ungarische Reichstag hat Schritte unternommen, um die Auslieferung des Emigranten Ivan S. Jukic, der das Attentat auf den Ministerpräsidenten Graf Bethlen verübt hat, von der slowenischen Bundesregierung zu erwirken.

Moskau, 11. Juni. Oester drangen vier Insassen in die Redaktion des „Kommunist“ ein und zerstörten das Mobiliar. Ein sozialistischer Führer, der sich zufällig in den Redaktionsräumen aufhielt, wurde verhaftet.

Genf, 11. Juni. Bei einer von der italienischen sozialistischen Gruppe und den italienisch-republikanischen Sozialisten für Mattrotti kam es zu Schlägereien zwischen Sozialisten und Mitgliedern des italienischen Folios. Die Polizei machte dem Tumult ein Ende. Der Präsident und drei Mitglieder der Senats-Fraktion wurden verhaftet.

Berlin, 11. Juni. Am Donnerstag fand in den militärischen Munitionsvorküchen der Eidgenossenschaft in Aldorf erneut eine Explosion statt, bei der ein Arbeiter tödlich getötet und ein zweiter lebensgefährlich verletzt wurde.

Paris, 11. Juni. In Genf wurde der Gedanke angeregt, um die schwere Völkerverdrängung zu befrachten, auf die künftigen Sitz im Rat vollständig zu verzichten. Alle Mächte, die Ratstag beibehalten, sollten sich alle drei Jahre einer Wiederwahl unterziehen. Selbstverständlich muß sofort bemerkt werden, daß sich Deutschland auf eine solche Lösung nicht einlassen kann, weil es keine Sicherheit hätte, daß es gewählt würde.

Paris, 11. Juni. In der französischen Kammer wurde heute ein Gesetzentwurf des radikalsozialistischen Abgeordneten Lambert eingebracht, wonach die naturalisierten Franzosen nur bis zum 25. Lebensjahr zum Militärdienst herangezogen werden sollen. Von ihrem Dienstzeit soll die Zeit abgezogen werden, die sie in fremden Heeren gedient haben. Die Vorlage bezweckt die Verhütung der Flüchter und Lotstirner.

London, 11. Juni. Die britische Regierung richtete an die Sowjetregierung eine Note wegen der finanziellen Unterstützung, die während des Generalstreiks dem Gewerkschaftsbund seitens der russischen Regierung angeboten wurde. Die Botschafter gründet sich auf die Bestimmung des englisch-russischen Handelsabkommens von 1921, wonach beide Länder sich verpflichten, alles zu unterlassen, was geeignet wäre, die öffentliche Ordnung oder die Wohlfahrt des anderen Landes zu stören.

London, 11. Juni. Der Geschäftsträger der russischen Botschaft läßt durch die Presse eine Erklärung erteilen, in der es heißt, daß die Sowjetregierung niemals irgendwelche Gelder einem belästigten Streikfonds überweisen hat.

London, 11. Juni. Inzwischen Siburg und Salsban in Australien entlegte ein Schiffszug und stürzte von einer zwölf Meter hohen Klippe ab. Fünf Personen wurden getötet, 40 verletzt. Es handelt sich durchwegs um Mitglieder einer auf einer Vorkostreise befindlichen Londoner Interessengruppe.

Moskau, 11. Juni. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjet-Union hat dem britischen Bergarbeiterverband die fünfte Rate seiner Spende im Betrage von 300000 Rubel übermiesen. Insgesamt wurden bisher 1627000 Rubel übermiesen.

Moskau, 11. Juni. In Bizagospatou sind zwölf Personen infolge Kettens eines Bootes, das von Sibirien nach Bolkow zu einem Dampfboot brachte, ertrunken. Der hohe Wellengang dürfte die Ursache des Kettens sein. Drei weitere Personen wurden von Hohenbooten gerettet, während fünf andere das Meer schwimmend erreichten.

Warschau, 11. Juni. Während eines heftigen Sturmes überzogen vier holländische Dampfer und wurden gänzlich zerstört. Fünf Schiffsbesatzungen gingen unter, drei wurden schwer beschädigt, mehrere leichte Schiffe landeten. Man fürchtet Verluste an Menschenleben und enorme Schäden an der Küste.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 11. Juni. In der heute Vormittag fortgesetzten Beratung des Justizetat wies der Abg. Bod (Fr.) auf das unzulässige Gebahren des Versicherungsgesetzes hin und erklärte bezüglich der vom Reich geplanten Änderung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, wenn man in Berlin wieder eine verdrängte Idee habe, so lasse man an einer in Württemberg bestehenden Organisation doch nicht rütteln. Der Redner trat für bessere Verhältnisse bei den Justizbeamten ein und wies den Vorwurf der Klassenjustiz als ungerichtet zurück. Der Abg. Schmed (Komm.) ließ an der Justiz kein gutes Haar, wurde, als er auf die Kürzungen eingeworfen zu sprechen kam, vom Präsidenten Körner gebeten, den Reichspräsidenten von Hindenburg aus der Debatte zu lassen und erhielt einen Ordnungsruf, als er behauptete, der Justizminister habe mit dem im letzten

Jahr gegen die Kommission vorgebrachten Material bereits die Unwahrheit gesagt. Dann ging er noch auf den Fall des Studenten Stummel ein. Der Abg. Dr. Steger (Soz.) betonte die Anwertungsgefahr als durch und durch unannehmlich und die Überlastung des Richterpersonals als unannehmlich. In die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und die Unabhängigkeit der Richter für sich wie für den Gängigen Richter sichergestellt, die nicht jeden Tag abberufen werden können. In dem Ministerium Beverle ging nochmals auf die Überlastung der Gerichte ein und verdrängte sich von einem Nachtragsetz für die Verbesserung der Personalverhältnisse im Richterstand für die dann einen Erfolg, wenn die anderen Ministerien von Forderungen für ihr Recht abließen. Die Unterstellung eines Richter, verfassungskonform in der Personalpolitik wies der Richter für sich wie für den Gängigen Richter sichergestellt und erklärte sich bereit, im Ausschuß über jeden einzelnen Fall genaue Auskunft zu geben. Weiter wandte sich der Abg. Steger gegen den Vorwurf der Klassenjustiz und betonte, alle Fälle des württembergischen Volkes hätten seine in den Richterhand gefaßt, weshalb in Württemberg auch eine innere Verbundenheit der Richter mit dem Volk bestehe. Die württembergischen Richter seien weder pflichtlich noch pflichtlos für die Zwecke des Gerichtsdienstes verwendbar. Auch sei eine Frage, ob unsere Richter schon so reich sind, eine Frau als Beisitzerin über sich entscheiden zu lassen. Schließlich sprach der Minister noch den Fall des Studenten Stummel, dessen Gründe wiesen auf Selbstmord, Stummel hatte schon im Alter von 16 Jahren ohne Motiv einen Selbstmordversuch gemacht. Auch sein Großvater und Urgroßvater haben durch Selbstmord getötet. Politisch hat er sich nie betätigt. Selbstmord sei der Fall nicht, aber die Annahme der Selbstmord erhebe nach den Umständen als richtig. Nachdem sich dann noch der Abg. Schmed (Komm.) gegen eine Reform der freiwilligen Gerichtsbarkeit ausgesprochen hatte, wurde die Beratung auf heute nachmittags 3 Uhr vertagt. In der nachmittäglichen Sitzung wurde über den Justizetat der Abg. Schmed (Soz.) Wünsche der mittleren Justizbeamten vor und stellte den Antrag, beim Reich dahin zu wirken, daß Schöler, die keinen Verbindungsfall haben, bei längerer Dauer der Sitzung eine angemessene Entschädigung gewährt wird. Der Abg. Reichardt (Soz.) erklärte, daß die Kürzungen des Ministeriums die Bedeutung hinsichtlich der Personalpolitik nicht zertrümmern hätten. Der Abg. Dr. Schumacher (Soz.) wies nach, daß der persönlichen Loyalität des Ministers, dessen teilweise Forderung seines Personalreferenten jedoch im Widerspruch zu der Befassung mit allen Richter und Professoren stehe. Der Fall Stummel sei noch sehr dunkel, aber eine konkrete Entscheidung könne weder nach der einen noch nach der anderen Seite vorgebracht werden. Der Abg. Bröndle (Komm.) erklärte in längerer Ausführlichkeit das Thema Klassenjustiz und wies nach, daß die Personalpolitik im Justizministerium als total falsch sei. Der Personalreferent Buder nach Volkskommandant in Ulm war, jähle er zu den beliebtesten Menschen und schon damals wurde gesagt, daß er nicht die Fähigkeit habe, den Menschen als Mensch zu behandeln. Der Würt. Richterverein beantragte einen Antrag auf Ausdehnung der Straffreiheit für alle politischen Straftaten und solche, die aus wirtschaftlicher Not begangen wurden, ferner wünschte er die Einführung von Gefangenenerziehern. Der Abg. Schmed (Komm.) betonte die Wichtigkeit, daß Stummel bei dem Wiederrufen einer Bewährungsstrafe zum Tode gefaßt sei. Justizminister Beverle reaktionär nachmals die Personalpolitik. Bei der Abstimmung werden die Auswahlanträge angenommen, unständige Stellen in Königsberg zu veranlassen und hierzu einen Nachtragsetz einbringen, sowie die Überleitung der Justizbehörden zu wegnemen, desgleichen ein Antrag Schmed (Komm.), beim Reich dahin zu wirken, daß in Grundbesitzverhältnissen in denen der steuerliche Wert 300 Mark nicht übersteigt, die Eintragung des Erwerbers ins Grundbuch auch vor Zahlung oder Stellung der Grundbesitzsteuer stattfinden darf. Abgelehnt wurde der Antrag Buder, an den Finanzminister überweisen der Antrag Bröndle, wegen Fortsetzung der Beratung.

Wegen die Oberamtsaufteilung.

Stuttg. a. N., 11. Juni. Die Amtsversammlung hat folgende Entscheidung angenommen: Die heute in Stuttgart tagende Amtsversammlung ist mit großer Mehrheit der Auffassung, daß durch die von der Regierung erzwungene Zusammenlegung von Oberämtern neuwertige Einrichtungen in den Verwaltungsstellen und dadurch wesentliche für die Erhaltung der Steuerkraft in gewisser ins Gewicht fallende Erparnisse an Staatsausgaben nicht erzielt werden. Eine schablonenhafte Aufhebung von Oberämtern würde dem Staat selbst wenig nützen, sondern nur eine Vorkamerführung bringen und eine gewaltige wirtschaftliche und kulturelle Schädigung der betroffenen Oberamtsstädte und der überwohnenden Bevölkerung ihrer jeweiligen Bezirksgemeinden zur Folge haben. Es wäre ein staatspolitischer Fehler ersten Ranges, historisch begründete und im Volksempfinden wurzelnde Einrichtungen ohne zwingende Not zu zerstören und über die verfassungsmäßigen Rechte eines Reiches der Bevölkerung einseitig hinwegzusetzen. Nur eine gerechte Verteilung zwischen Stadt und Land (Körperschaften, vermehrte Straßenunterhaltungskosten durch den gestiegenen Kraftwagenverkehr der großen und größeren Städte) mit einem Abbau der öffentlichen Ausgaben, einer Vereinfachung der Verwaltung, Abkürzung des Amtsweges und die Rückkehr zur Dezentralisation der Verwaltung bei gleichzeitiger Zurückführung der Verwaltungsbehörden im Reich und Staat zum mindesten auf den Vorkriegsstand können in den erwähnten Fällen führen. Die heute verammelten Vertreter der Bezirksgemeinden müssen von der Regierung erwarten, daß die etwa beschlossenen Aufteilungen von Oberämtern zuvor die betreffenden Amtsversammlungen als die gemäßigten Vertretungen der Amtsbürgerlichen gebildet werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Juni. Der Reichstag begann am Freitag mit noch Aufnahmearbeiten. Es war das letzte Veranlassungen vor dem Volksentscheid. Das Bund wählte aber glatt in den Vorläufer seines Präsidenten, heute noch eine zweite Sitzung zu veranstalten, um dadurch schon den Samstag freizubekommen. Das Interpellationsgesetz der heutigen Beratung waren die Redendigen: Zunächst eine kleine Abrechnung mit dem Schiedsgericht, wobei Präsident Lohde auf Grund des amtlichen Protokolls noch einige Ordnungsrufe ausstießen mußte. Unter den also Gemachtregulierten befand sich auch Dr. Kolben, der sich am Donnerstag besonders auffällig als Hochschwärzer betätigt und im Vorn des Hauses für einen sehr gewandten Fall seinen Ordnungsruf erhalten hatte. Wäre er auf freier Zeit gefaßt worden, so hätte der Präsident, wie er heute in einer allgemeinen Bemerkung andeutete, seinen Ausschuß annehmen müssen. Anstehend machen aber denartige Disziplinarrufe Maßnahmen auf gewisse Kreise keinen Eindruck, denn die Kommunisten und auch ein Teil der Sozialdemokraten beantragen die Aufkündigung des Herrn Lohde mit Gelächter. Die Abstimmung über das kommunistische Richtungsverbot gegen das Kabinett Barm verlor zu gunsten, daß sie während des Vortrags im Saal fast entgangen wäre. Die vorausgesetzten, erhoben sich für den Antrag nur die Kommunisten. Sozialdemokraten übten Stimmenthaltung. Das konkrete Verbotsmaterial wurde im übrigen ziemlich reich erschöpfert. Das Ausschussmitglied wanderte ohne Debatte an den Ausschuss-

Der Reichstag beginnt am Freitag mit noch Aufnahmearbeiten. Es war das letzte Veranlassungen vor dem Volksentscheid. Das Bund wählte aber glatt in den Vorläufer seines Präsidenten, heute noch eine zweite Sitzung zu veranstalten, um dadurch schon den Samstag freizubekommen. Das Interpellationsgesetz der heutigen Beratung waren die Redendigen: Zunächst eine kleine Abrechnung mit dem Schiedsgericht, wobei Präsident Lohde auf Grund des amtlichen Protokolls noch einige Ordnungsrufe ausstießen mußte. Unter den also Gemachtregulierten befand sich auch Dr. Kolben, der sich am Donnerstag besonders auffällig als Hochschwärzer betätigt und im Vorn des Hauses für einen sehr gewandten Fall seinen Ordnungsruf erhalten hatte. Wäre er auf freier Zeit gefaßt worden, so hätte der Präsident, wie er heute in einer allgemeinen Bemerkung andeutete, seinen Ausschuß annehmen müssen. Anstehend machen aber denartige Disziplinarrufe Maßnahmen auf gewisse Kreise keinen Eindruck, denn die Kommunisten und auch ein Teil der Sozialdemokraten beantragen die Aufkündigung des Herrn Lohde mit Gelächter. Die Abstimmung über das kommunistische Richtungsverbot gegen das Kabinett Barm verlor zu gunsten, daß sie während des Vortrags im Saal fast entgangen wäre. Die vorausgesetzten, erhoben sich für den Antrag nur die Kommunisten. Sozialdemokraten übten Stimmenthaltung. Das konkrete Verbotsmaterial wurde im übrigen ziemlich reich erschöpfert. Das Ausschussmitglied wanderte ohne Debatte an den Ausschuss-



45 90 190 145 290

Serientage

Ein Rekord der Billigkeit und Qualität

Einige Beispiele:

45	90	1.45	1.90	2.90
Aluminium-Teller Ø 22 cm 45	Porzellan-Tasse und Dessertteller rot iris 90	Sand-Seife-Sodagarnit. 1.45	Porzell.-Sappenterrinen mit Deckel 1.90	Alum.-Fleischtopfe unbeord. 22 cm 2.90
3 Porzellan Oberassen mit Goldrand 45	10 Glas Kompott-Teller 90	Alum.-Schmortöpfe 18cm 1.45	Aluminium-Fleischtopfe unbeord. 18 cm 1.90	Brotkasten Weißl., lackiert 2.90
Salatschalen rund, gross 45	Emalle-Fensterelmer 20cm 90	Alum.-Nudelpfannen 20cm 1.45	Aluminium-Milchträger 2 Liter 1.90	Einkaufskörbe extra groß 2.90
Windeln hygienisch 80x90 45	Kind.-Ueberjäckchen fest 90	Beinkleider mit Hohlraum 1.45	Damen-Prinzessröcke mit Hohlraum 1.90	Hemdhosen m. Kloppelepie 2.90
Cell.-Dosen mit Lanolinseife 45	Büstenhalter gt. Wäschetuch 90	Klammerchürzen gezeichnet 1.45	Cheviot reine Wolle, moderne Farben 1.90	Geschäftstaschen aus Ledertuch mit Deckel 2.90
Nachttischdecke gezeichnet 45	Trägerhemden m. Hohlraum 90	Wachleide kar. u. gestr. mit 1.45	Hauskleider gestreift Zellr. 1.90	H.-Taschenuhren gutgeb. 2.90
Tablettdecken gezeichnet 45	Nickelrand-Schwung- Spiegel gross 90	Kleiderstoffe kar. gt. Wasch 1.45	Spazierstöcke Manilla-Rohr 1.90	Popelin rein.Woll., mod. Farb. 2.90
Damenstrümpfe farbig 45	5 Stück Kernseife a 200gr 90	D.-Strümpfe Flor, farbig 1.45	Schlupfhosen farbige, Kunstseide 1.90	Unterkleider farbige K'seide 2.90
Knaben-Schürzen beige und blau 45	3 Stück Putztücher 90	Kissen 80-90, gut. Wäschetuch 1.45	Selbstbinder reine Seide 1.90	Rohleide naturl., echte Ware 2.90
Selbstbinder mod. Karos 45	Kissen Bps, schwarz vorgez. 90	1 Kommodendecke weiß 1.45	Hanstuch gute Qualität 150 cm breit 1.90	D.-Strümpfe reine Seide 2.90

Pforzheim

KNOPE
DAS GROSSE KAUFHAUS FÜR ALLE

Pforzheim



WOHNÄUME
FÜR JEDERMANN

von der einfachsten bis zur feinsten
Ausführung in hervorragender Qualität
fertigt rasch und preiswert

Immanuel Keck
Schr.-Inermeister
NEUENBÜRG A. D. ENZ

la Kristallzucker

zu Einmachzwecken
empfiehlt billigt
Lager des Badischen Bauernvereins,
Neuenbürg, Telefon Nr. 26.



KNOPE
jeder gesunden Kundenwerbung
ist die
ZEITUNGSANZEIGE

Der Propagandabau
des Vereins Württembergischer Zeitungsverleger (E. V.) in der
Ausstellung „Werbeschau Stuttgart 1926“.
Entwurf von Architekt Richard Herze, Stuttgart.

Neuenbürg
Heute

Mehlsuppe

Scholl i. Traudl

Schwarzwaldführer

von Julius Wail

empfiehlt

G. Mehl'sche Buchhandlung

Gv. Gottesdienst

in Neuenbürg.
Sonntag, den 13. Juni (2. Sonntag nach Trinit.)
1/2 10 Uhr Predigt (2. Tim. 3.1-3)
Ged. Nr. 14:
1/2 2 Uhr Christlicher Gottesdienst
1/2 2 Uhr Christlicher Gottesdienst
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde
im Gemeindehaus.

Rathol. Gottesdienst

in Neuenbürg
Sonntag, den 13. Juni 1926
(Herrn Seher)
9 Uhr Predigt und Hochamt
1/2 2 Uhr Christlicher Gottesdienst

